

**"Trump muss konstruktive Strategien entwickeln";
AMTSANTRITT Wenige Tage vor seiner Vereidigung lassen sich die ersten Konturen der
politischen Absichten erkennen. James D. Bindenagel erklärt die absehbaren Veränderungen.**

RUBRIK: DOP; S. 4

LÄNGE: 1229 Wörter

Viele Fragen sind offen, bekennt Prof. James D. Bindenagel (66) im Gespräch mit dem General-Anzeiger. Er leitet das Center for International Security and Governance (CISG) an der Uni Bonn. 30 Jahre arbeitete er im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. 1996 und 97 als Botschafter in Bonn. Das Gespräch führte Helge Matthiesen.

Jeder Anfang bietet Chancen: Können Sie dem Start von Donald Trump positive Seiten abgewinnen?

James D. Bindenagel: Schon 2011 hat es die Forderung an die europäischen Partner gegeben, sich stärker für die Verteidigung zu engagieren. Jetzt muss man diese Frage vermutlich beantworten. Sein Amtsantritt kann ein Katalysator für die europäische Debatte sein. Europa muss sich anschauen, wie sich die Politik in den USA entwickelt und was die Positionen dort sind, und daraus dann Folgerungen ziehen.

Sie raten zu Rationalität?

Bindenagel: Wenn man sich nur seine Persönlichkeit anschaut, dann mag es sein, dass er allein die populistischen Strömungen stärkt. Wenn man nüchtern betrachtet, was tatsächlich geschieht, dann kann man zu einer klaren Haltung kommen.

Waren es in den USA tatsächlich nur die sozial Abgehängten, die ihn gewählt haben?

Bindenagel: Nein, das reicht als Erklärung nicht. Es gibt mindestens drei tektonische Veränderungen in der Welt, die eine Rolle gespielt haben: Die Globalisierung, die Digitalisierung und der technische Wandel. Bei der Globalisierung gibt es Gewinner und Verlierer. Die Gewinner sind hauptsächlich in Asien und in den Entwicklungsländern. In den westlichen Ländern haben wir viele Verlierer. Die Digitalisierung ist faszinierend, aber wenn wir bald fahrerlose Autos haben, dann werden Millionen Menschen arbeitslos. Die Frage ist dann, was die Regierung aus diesen Veränderungen macht.

Clinton hatte die Mehrheit der Stimmen, Trump hat gewonnen: Warum?

Bindenagel: Trump hat verstanden, dass die USA keine nationalen Wahlen haben. Hillary Clinton hat 53 Prozent der Wähler, aber wir haben in den Vereinigten Staaten eigentlich 50 einzelne Landtagswahlen. Und dort hat er sich konzentriert und die Bundesländer gewonnen.

Was muss Trump diesen Wählern jetzt bieten?

Bindenagel: Er kann den Menschen kaum etwas Konkretes anbieten. Infrastruktur ist ein wichtiges Thema. Aber sie wird nicht in jedem Fall vom Staat finanziert. Er kann Steuererleichterungen machen oder Aufgaben privatisieren. Da ist noch vieles offen. Eine wichtige Frage dreht sich am Ende um den Arbeitsmarkt. Denken Sie an die Autoindustrie, die in eine ganze Kette von Produktion, Vereinbarungen und Regelungen weltweit eingebunden ist. Wenn er sich protektionistisch äußert oder gegen China, dann bringt das seinen Wählern nichts. Er macht sich Schwierigkeiten, aber löst nicht den Kern des Problems, neue Jobs in den USA zu schaffen.

Lässt sich überhaupt schon erkennen, was er tun wird?

Bindenagel: Sein Stil ist die Unberechenbarkeit und er spielt damit. Das kann in einer Verhandlung richtig sein und zu guten Ergebnissen führen. Trump denkt in Deals, in einzelnen Entscheidungen. Aber es gibt auf der anderen Seite bestehende Abkommen. Da muss er Berechenbarkeit beweisen. Bei Verhandlungsführern hat Unberechenbarkeit einen Sinn, aber ein Präsident ist in einer ganz anderen Lage.

Glauben Sie, dass er seine Wähler enttäuschen wird?

Bindenagel: Es geht darum, die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Steuerfragen oder Gesundheitsversorgung sind das eine - aber das Wichtigste für seine Wähler ist ihre Identität, ihr Selbstbewusstsein als Amerikaner. Ob er sie da erreichen wird, kann ich noch nicht einschätzen.

Viele sehen in Trump eine Gefahr für die Demokratie. Die sieht in den USA starke Gegengewichte zum Präsidenten vor. Wird das Parlament seinen Freiraum einschränken?

Bindenagel: Wir haben seit 230 Jahren "Checks and Balances". In diesem Fall hat er aber nicht nur die Präsidentschaft gewonnen, sondern auch den Senat, den Kongress. Er wird 4000 Beamte in der Regierung auswechseln. Außerdem kann er Richter am Supreme Court benennen. Die Gegengewichte werden sich woanders entwickeln müssen, vermutlich in der Republikanischen Partei. Man kann das jetzt schon in der Sicherheitspolitik erkennen, auch im Gesundheitswesen. Seine Minister haben zum Teil ganz andere Ideen als er.

In Deutschland macht man sich Sorgen um die Autoindustrie.

Bindenagel: Wenn man Immobilienmakler ist, dann versteht man meistens wenig von Industrie. Das zeigt sich am Beispiel der Autoindustrie bei ihm ganz deutlich, wo es um starke internationale Abhängigkeiten geht. Jemand muss ihm diese Zusammenhänge näherbringen.

Kann Trump denn gegen die großen amerikanischen Konzerne regieren, die ja von der Globalisierung stark profitieren?

Bindenagel: Er muss konstruktive Strategien entwickeln. Bisher ist eher zu erkennen, dass er ein Zerstörer ist, ein Disruptor. Ich denke, die Konzerne und er werden eine gemeinsame Basis finden.

Trump pflegt ungewöhnliche Kommunikationsformen. Wird man sich daran gewöhnen müssen?

Bingenagel: Er kehrt sicher nicht in die herkömmlichen Formen zurück. Er streitet lieber mit den Medien und verlässt sich auf seine 20 Millionen Twitter-Follower. Obama hat in Einzelfällen ähnliches getan, und es gab einen Riesenaufschrei. Bei Trump ist das jetzt institutionalisiert. Es hat im Wahlkampf funktioniert.

Glauben Sie, dass es in den USA funktionieren wird, gegen die Medien zu regieren?

Bindenagel: Das ist ein Stresstest für die amerikanische Demokratie. Ich glaube nicht, dass es funktioniert, aber ich kann mich auch irren. Es kann sein, dass sich da eine neue Form des Regierens aufbaut, es kann aber auch sein, dass es einfach nur bei der Zerstörung der bisherigen Formen bleibt.

In Europa gibt es viel Verunsicherung mit Blick auf die Sicherheitspolitik. Wird sich an ihrer Ausrichtung etwas ändern?

Bindenagel: Die Europäer haben nach dem Ende des Kalten Krieges massiv Truppen abgebaut - die USA auch. Es gibt Signale, dass sich die USA auch in Zukunft als europäische Macht verstehen und hier bleiben werden. Trump kritisiert nur die Verteilung der Lasten. Der Beistandsartikel 5 der Nato wird Bestand haben.

Welche Rolle wird Deutschland da übernehmen?

Bindenagel: Deutschland wird sicherlich mehr Verantwortung übernehmen müssen und es gibt Hinweise, dass die Bundesregierung das seit den jüngsten Auseinandersetzungen in Syrien, in der Ukraine oder im südchinesischen Meer genauso sieht. Mit der Verantwortung Deutschlands kommt dann automatisch die Notwendigkeit, Führung auszuüben. Das ist die künftige Rolle Deutschlands und die sehe ich kommen.

Wird es eine engere Beziehung zwischen den USA unter Trump und Deutschland geben?

Bindenagel: Das ist noch unklar. Nach meiner Meinung haben die beiden Länder sehr viele gemeinsame Interessen. Es wird in Zukunft weniger um gemeinsame Werte, sondern um eben diese Interessen gehen. Das ist aber kein Schaden, denn diese Interessen beruhen ja auf gemeinsamen Werten.

Hat eine prorussische Politik in den USA eine Chance?

Bindenagel: Da komme ich wieder auf die Interessenpolitik. Die hat auch Obama mit den Russen betrieben, zum Beispiel als es um die Chemiewaffen in Syrien ging oder in den Verhandlungen mit dem Iran um das Atomprogramm. Hier wird Trump weitermachen. Er wird gemeinsame Interessen suchen.

Wird Trump an seiner Aufgabe wachsen?

Bindenagel: Es kann sein, dass er noch etwas lernt, auch wenn er 70 ist. Wie sagt man auf Deutsch: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

THEMA: GLOBALISIERUNG (90%); POLITIK (89%); WAHLEN & WAHLKÄMPFE (88%); AUSLANDSBEZIEHUNGEN (78%); US-PRÄSIDENTEN (77%); POLITISCHE DEBATTEN (77%); DIPLOMATISCHE DIENSTE (77%); STAATS- UND REGIERUNGSOBERHÄUPTER (77%); FAHRZEUGTECHNOLOGIE (75%); WAHLEN (74%); WÄHLER & WAHLEN (74%); TRANSPORTMITTEL-HERSTELLUNG (74%); PRIVATISIERUNG (72%); VERSTÄDTERUNG (71%); ENTWICKLUNGSLÄNDER (71%); STAATSPRÄSIDENTEN (69%); FAHRZEUG-HERSTELLUNG (69%); ARBEITSMARKTLAGE (69%); STEUERN & BESTEUERUNG (64%); KRAFTFAHRZEUGE (64%); FAHRZEUGSEKTOR-ÜBERSICHT (64%); STEUERVERGÜNSTIGUNGEN (50%)

ORGANISATION: EUROPEAN UNION (56%)

PERSON: HILLARY CLINTON (79%)

REGION: BONN, DEUTSCHLAND (90%) NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND (88%) EUROPA (93%); NORDAMERIKA (93%); VEREINIGTE STAATEN (93%); ASIEN (79%); CHINA (71%)

UPDATE: 15. Januar 2017

SPRACHE: GERMAN; DEUTSCH

PUBLICATION-TYPE: Zeitung